

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentlich, oder M. 1,75 monatlich.

Filialen: Moritzstr. 10, Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-4, Frankf. Allee 206, Frankfurt a. M. 10, Berlin 10, Berlin 12, Berlin 13, Berlin 14, Berlin 15, Berlin 16, Berlin 17, Berlin 18, Berlin 19, Berlin 20, Berlin 21, Berlin 22, Berlin 23, Berlin 24, Berlin 25, Berlin 26, Berlin 27, Berlin 28, Berlin 29, Berlin 30, Berlin 31, Berlin 32, Berlin 33, Berlin 34, Berlin 35, Berlin 36, Berlin 37, Berlin 38, Berlin 39, Berlin 40, Berlin 41, Berlin 42, Berlin 43, Berlin 44, Berlin 45, Berlin 46, Berlin 47, Berlin 48, Berlin 49, Berlin 50, Berlin 51, Berlin 52, Berlin 53, Berlin 54, Berlin 55, Berlin 56, Berlin 57, Berlin 58, Berlin 59, Berlin 60, Berlin 61, Berlin 62, Berlin 63, Berlin 64, Berlin 65, Berlin 66, Berlin 67, Berlin 68, Berlin 69, Berlin 70, Berlin 71, Berlin 72, Berlin 73, Berlin 74, Berlin 75, Berlin 76, Berlin 77, Berlin 78, Berlin 79, Berlin 80, Berlin 81, Berlin 82, Berlin 83, Berlin 84, Berlin 85, Berlin 86, Berlin 87, Berlin 88, Berlin 89, Berlin 90, Berlin 91, Berlin 92, Berlin 93, Berlin 94, Berlin 95, Berlin 96, Berlin 97, Berlin 98, Berlin 99, Berlin 100.

Für den Rechtsfrieden.

Kundgebung der Regierung und Nationalversammlung.

Einführung eines parlamentarischen Friedensauschusses.

Weimar, 10. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Nationalversammlung hat heute in einer Doppelsitzung den Etat in erster Lesung verabschiedet. Das war nur möglich, weil lediglich eine Redereihe zu Worte kam. Obwohl die Ausführungen der Parteiredner wichtige Symptome unseres augenblicklichen Gärungszustandes, aber auch weittragende politische Erklärungen enthielten, so traten sie dennoch in ihrer Bedeutung hinter die Rede des Ministerpräsidenten und seine am Schlusse von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, angenommene Erklärung zurück.

erwartet die Nationalversammlung von der Regierung, daß sie nur einen Frieden der Verkündung und der Vereinhaltung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt.

Außerdem nahm die Nationalversammlung noch einen weiteren Antrag an, der die Einführung eines Friedensauschusses für die Zeit der Vertagung vorsieht. Dieser soll zusammentreten, sobald wichtige Ereignisse in der Massenstillstands- oder Friedensfrage vorliegen. Morgen stehen kleinere Besprechungen auf der Tagesordnung.

Der Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Scheidemann, v. Brodorski, Rankau, Dr. Landsberg, Erzberger, Gothein, Bell. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Ministerpräsident Scheidemann: Praktisch ist es uns gelungen, bezüglich der Landung polnischer Truppen keinen Gegner von einem Plan abzubringen, der eine deutsche Provinz schwer gefährdet hätte. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit haben uns die willkommenste Gelegenheit geboten, allen Vertretern gegenüber die Richtlinien der auswärtigen Politik der deutschen Republik hervortreten zu lassen. Treue zum Vertrag, Treue zu uns selbst, Treue gegen die Allgemeinheit, das heißt Vertretung eines Geistes rückhaltloser Verschönerung aller Völker gegenüber.

Utopie. (Hört, hört!) Nein, ohne Abrüstung wäre der Völkerbund eine leere Formel, die Verewigung der Gewalt. (Sehr richtig!) Der Völkerbund bringt uns Krieg nach innen und nach außen. Ich male Ihnen keine wüste Phantasiefrage vor, ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerkrieg machen. Ich halte mich an Tatsachen. Hier darf es keine Parteiunterschiede geben. Gänzlich fern in der Abwehr der Räterepublik heißt, sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk umfassenden Partei mit dem einzigen Programm: Erst und vor allem Frieden! (Beifall.) Möge der Rätekongreß in Berlin den gleichen Weg gehen, wie die Reichsregierung, in dem sie aus dem Rätegedanken das Beste für unser Volk zweckentsprechend entnimmt und nutzbar macht. Möge der Kongreß sich darüber klar sein, daß man geistige Bewegung nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Bewegungen auch nur auf geistigen Wegen einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebensowenig aufgezwungen werden, wie uns Deutschen je die Reaktion wieder aufgezwungen werden kann. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wortschatz unseres Volkes verschwunden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht vererbt wird in seinem schlimmsten Begriffe, dem Gewaltfrieden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Unser Volk sehnt sich nach Frieden. Wenn aber unsere Feinde durch einen Gewaltfrieden uns gänzlich vernichten wollen, dann wird sich an unserem Volke ganz naturgemäß der psychologische Prozeß der Entstehung eines

entschlossenen Widerstandes bis zum äußersten

vollziehen. Es gibt eine Grenze auch gegen diese Tyrannenmacht. Das edelste und höchste Gut einer jeden Nation ist das Recht auf Bestand. (Lebhafter Beifall.) Ein Gewaltfrieden würde den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. Darum erheben wir wacker unsere Stimme. Ich spreche im Namen der ganzen Versammlung, wenn ich diesem Schmerzensschrei eines bis zum äußersten gequälten Volkes Ausdruck gebe.

Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es keine Einigung geben kann: Räumung des besetzten Gebietes sofort bei Friedensschluß, Rückgabe unserer Gefangenen und Aufhebung der Blockade. (Lebhafter Beifall.) Posen und Oberpöhlen müssen wir behalten. Auch unsere Kolonien

dürfen uns nicht weggenommen werden. In dem Völkerbund

muß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied aufgenommen werden, und zwar ohne moralische Quarentäne. Der Regierungsvertrag zur Einfügung des Rätebundes in die Verfassung ist eine unangenehm nötige soziale Forderung, die uns in ihrem sachlichen Grundgedanke durchaus berechtigt erscheint. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Rätebündnis ist ein vorzügliches Mittel zur Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, es ist die Ordnung des Werkes der Gemeinwirtschaft, die auch ferner beibehalten werden müssen. Die politische Arbeit muß bei der Volkvertretung bleiben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Hoch (Soz.): Ein wirklicher Friede ist nur dann erreicht, wenn es ein Friede des Rechts ist, wenn unser Volk ohne Vergewaltigung aus dem Kriege hervorgeht. Ich begrüße die Errichtung eines Staatsgerichtshofes, der unparteiisch die Schuld an diesem Kriege unteruchen soll. Schandtalare sind fraglos bei allen Heeren, auch bei unseren, während des Krieges vorgekommen. Bei der Geschickung des englischen Kapitäns hat unsere Militärbehörde gegenüber den dringenden Boden des außerordentlichen Amtes erklärt, daß sie kein auswärtiges Amt lenne. (Hört, hört!) Ebenso wie den Frieden mit der Entente erstreben wir auch Frieden mit Rußland. Ich frage die Regierung, warum es nicht an einer Verständigung mit Rußland gekommen ist. Auch im eigenen Lande müssen wir Frieden bekommen. Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 3/4 Uhr vertagt.

Nach der Pause nimmt das Wort Minister des Reichens Graf Brodorski-Rankau: Man darf annehmen, daß der Friede vor der Tür steht. Wir dürfen nicht zu hoffnungslos sein, brauchen aber auch nicht zu verzweifeln. Jetzt hört man von unseren Gegnern wildere Lüge. Wir wollen uns weder durch die Dämonen, noch durch die freudloseren Zufünftsbilder aus der Stellung drängen lassen, die wir am Friedenslicht einnehmen müssen. Wir haben intern harten und kühl rechnenden Feinden gegenüber nur die eine Waffe der Verufung auf die Friedensgrundlagen von Anfang November. Einen Frieden, der sich von diesen Grundlagen in einem wesentlichen Punkte entfernt,

können wir nicht unterzeichnen.

(Lebhafter Beifall.) Der elsaß-lothringischen Bevölkerung muß das Recht zuerkannt werden, über ihr künftiges Geschick durch unmittelbare Willensäußerung selbst zu bestimmen. (Lebhafter Beifall.) Unsere Gegner sollen einsehen, daß die Art, wie Elsaß-Lothringen jetzt behandelt wird, für den künftigen Frieden Europas und der Welt ausschlaggebend ist. Es sollte aus einem Entschluß ein Verbindliches werden, den beiden großen Völkern werden, die künftig noch mehr als bisher auf gute Nachbarschaft angewiesen sind. (Lebhafter Beifall.) Die Danziger Krise ist überwunden. Aber es bedarf geistiger Wachsamkeit, damit die Forderung nicht wiederholt wird. In der Frage Nordisches was haben sich die Dinge zu geäußert. (Hört, hört!) Infolge einer skrupellosen Agitation, Günstige ähnliche Politiker sind sich darüber klar, wie schwer ihr Land unter einer deutschen Fremdherrschaft leiden würde. Die Vorbereitung für die

Angliederung Deutsch-Oberosts

sind inzwischen weitergeführt worden. Die öster reichische Kommission ist bekannt und die deutsche wird bald bekannt gegeben

Vollstimmung in Elsaß-Lothringen

drängen wir nicht in der stillen Hoffnung, einen Teil des Wilson-Programms zu entfallen, sondern um für alle Zukunft Revisionen auszuräumen. (Beifall.) Wir leiden schwer unter der Zurückhaltung unserer Brüder und Schwestern in Kriegsgefangenschaft. (Beifall.) Wir empfinden es bitter, daß gerade französische Wehrführer in den besetzten Gebieten Abtreibungsgeleüste zu werden suchen, aber wir hoffen auch hier auf den Sieg eines neuen Brudergeistes, der die Menschheit von solchen Schladern der Völkerverzerrung zu befreien wissen wird. (Beifall.) Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spukraum läßt für künftige Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Bitternis seiner Niederlage verstanden den Trost haben, die Geschehen sind den Militärischen unzureichend haben, den Sieg über den Militarismus errungen zu auswärtigen Politik kommen nicht so sehr von jenseits der Grenze, als aus unserem Volke selbst. (Lebhafter Beifall.) aus der unaufrichtigen Erschütterung unseres Landes, aus der geborenen Unruhe. Ein Streik löst den anderen ab. Der Futurismus er greift gleich einer Seuche bald die eine, bald die andere Stadt. Wer hätte gedankelose Menschen haben Hand gelegt an ein Mitglied der Reichsregierung, das auch Mitglied der Nationalversammlung ist. Gibt es hier auch nur ein einziges Mitglied, das die ständige Mitarbeit der Immunität nicht missliebt, das dieser gewalttätige Streich trägt dazu bei, das Vertrauen der Regierung vor dem In- und Ausland zu brechen. Gerade im jetzigen kritischen Augenblick ruhen Hunderttausende von Kindern, die allein die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die es kein Pfund Mehl und Speck für unsere Frauen und Kinder gibt. (Lebhafter Zustimmung.) Nehme noch! In dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot nur Friede und nichts als Friede sein kann, vollzieht sich

in München ein neuer Umsturz,

wird dort die Räterepublik ausgerufen, werden die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durcheinandergewürfelt wie Kinderpielespielzeug, wird ein Schuß und Trugbündnis verkündet mit der ungarischen und russischen Räterepublik mit der ausgesprochenen Front gegen die übrige Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist dadurch in Gefahr. (Lebhafter Zustimmung.) Jetzt, wo es gilt, den lächerlichen Beweis für unsere Friedenswünsche, Abkehr von aller Gewaltpolitik, für unsere unerschütterliche Ehrlichkeit zu erbringen, wagen es verheißte Phantasten aufs neue, das Kriegsgewinn aufzupflanzeln gegen die Völkler, mit denen wir uns morgen der Räterepublik als Regierung stellen wollen. Ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsprinzip, ich kann nicht so schnell umlernen wie andere, die gleich mir ein Leben lang unter der Parole der Demokratie gefächelt haben und sie nun verleugnen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Die Bündnisse der Weltrevolution führen genau so in Nord und Süd wie die Bündnisse der Monarchien und Imperialisten. (Sehr richtig!) Wir brauchen das große Weltbündnis, den Völkerbund, in dem gleichberechtigte Völkler sich frei entwickeln können ohne die alten Fesseln der Rüstungen und ohne die neuen Fesseln bolschewistischer Bürgerkriege.

Das trennt uns meilenweit von den Ideen Lenins, der sich rühmt, schon 1910 empfohlen zu haben, die Abrüstung aus dem sozialistischen Programm zu streichen, denn die Überwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg sei ein

werden. Unterdrückungen gegen den Zusammenstoß beider nicht...
nicht. Unsere Gegner sollten bei ihren finanziellen Forderungen...
und dabei gleichzeitig aus seiner Volkswirtschaft die gewaltigen Ueber-
schüsse herausziehen können, die sie von ihm erwarten. (Zustimmung.)
Der Etat wird an den Hauptauschuß überwiesen.

Sturm im Rätekongress.

Die Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links.

Noch immer nicht sind die Verhandlungen des Räte-
kongresses in das ruhige Bahnhafen leidenschaftlicher Forde-
rungen gekommen. Die Spannung zwischen den
Parteilagern rechts und links ist noch zu groß, als daß man
sich zur gemeinsamen Arbeit, wie sie besonders von demokrati-
schen Medien als wünschenswert bezeichnet wurde hätte zu-
sammenfinden können, obwohl sie das beste Mittel zur Ueber-
brückung der Klüfte wäre welche die Arbeiterschaft so unheil-
voll spaltet. So folgten denn auch gestern die Entladungen
einander, ohne daß überhaupt werden könnte, die Atmosphäre
wäre nun gereinigt. Verschiedene Redner gaben ihrem Be-
dauern über die Ergebnislosigkeit der bisherigen
Auseinandersetzungen unbehindert Ausdruck, aber an der Tat-
sache selbst haben auch sie nichts ändern können.

Der Schlußbericht der gestrigen Tagung.

An der Angelegenheit der beiden Petersburger Sowjetvertretern
heißt sich der Kongress auf den Standpunkt, daß die beiden Gänge als
legitimisierte Vertreter irgend eines auswärtigen Arbeiterrates
nicht zu betrachten seien. Die Debatte wird fortgesetzt.
Weinbrenner (Duisburg) befaßt sich lebhaft über die Er-
gebnislosigkeit des Kongresses. Man spricht von Sozialis-
tischer, hat man aber von der Seite, auf der dieses Wort so oft
gebraucht wird, irgend etwas von positiven Vorlesungen gehört?
Nein! Da ist Herr Traß. Er ist Feilenhauer,
hat sich aber in die Präsenliste als Kaufmann eingetragen.
(Hört, hört!) Herr Traß ist aber, wie wir wissen, Metall-
arbeiter. Er hat hier gestern eine große Rede gehalten, die nichts
wesentlich Neues brachte. Wäre er statt dessen mit einem positiven
Sozialisierungsprogramm an den Kongress herantretend, dann hätte
die Frage gelautet: das ist eine Tat. Aber so hat der Kongress bisher die
Frage offen gelassen. Wohin kommen wir eigentlich? Ich will Ihnen
dahin ein Beispiel geben: Augenblicklich wird amerikanische Kohle
durch die Röhren nach der Schweiz abgeführt. Diese Kohle
ist in der Schweiz noch wesentlich billiger als die Kohlen des
Rheinlandes. Das liegt uns, auf welchem Wege unsere Volkswirtschaft
ist. Wenn es so fortgeht, sind wir binnen kurzem auf dem
Weltmarkt erledigt. Wir können keine Waren ausfuhr mehr be-
treiben, und werden

auf die Verschönerung sollte der Kongress

sein. Angehelt dieser Verhältnisse sollte der Kongress der Arbeiter-
räte, statt hier in die Einzelheiten zu diskutieren, positive Arbeit leisten
und Vorschläge machen zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens.
(Lebhafter Beifall rechts.)

Meyer (Zentralrat): Wenn hier gesagt wird, Regierung und
Zentralrat hätten nichts getan, um die Hamburger Punkte
durchzuführen, so muß ich hier feststellen, daß sich der Zentralrat schon
in seiner zweiten Sitzung mit dieser Materie befaßt hat, auch der
Rat der Volksbeauftragten stand diesen Forderungen durchaus nicht
ablehnend gegenüber. Gerade die unabhängigen Regie-
rungsmitglieder waren es, die die größten Schwierig-
keiten machten. (Lebh. Hört, hört!) Die unabhängigen
treten immer stets gegen den Grenzschutz auf. In Ostpreußen
haben sie ihn aber nicht nur gefordert, sondern ausdrücklich die
Truppen zum Kampfe gegen den Bolschewismus ver-
wenden wollen. Mit Entschiedenheit wendet sich der
Rechts gegen die unverschämten Verleumdungen, die
von der rechten Seite, zuerst von der Deutschen Tageszeitung,
gegen die Soldatenräte erhoben wurden. Gerade „Ingenieur“
des Zentralrates kauften und mit ihnen allerhand Betrügern
und Schiebern ausführten. Millionenwerte sind auf diese Weise
dem Volksermögen geraubt worden.

Gräber (Zentralrat): Man hat die Taten einzelner Soldatenrats-
mitglieder verallgemeinert und sie dem ganzen Rat zur Last gelegt.
Auch wir haben unsere Kritik an dem Vorgehen einzelner Regie-
rungsstellen gegen die Soldatenräte. Wir sind auch nicht erbaut
über die Freiwilligenkorps. Aber die Genossen der U. S. P.
machen einen schweren Fehler, wenn sie sich auch gegen die
Einwohner wehren, wenn sie sagen, man brauche den
rechten Bayern nicht gegen Diebstähle zu schützen.
König-Halle (U. S. P.): Gätte die Regierung

in der Frage der Sozialisierung ein Vierteljahr früher
getan, was sie jetzt tut, dann wäre die Stimmung in der Ar-
beitererschaft eine andere. Aber sie kamte nur die Gewalt.

Reichsernährungsminister Schmidt:

Die Unabhängigen verwerfen stets die Gewalt. Das tun die anderen
Redner dieses Hauses auch. Man ist sich also scheinbar in dieser
wichtigen taktischen Frage einig. Ich überlege mir schon, ob ich
nicht schließlich im Zeichen dieser Einigkeit zu den Unabhängigen
gehen sollte. (Zuruf bei den Unabhängigen: Um Gottes
Willen!) Nach den Ausführungen der Unabhängigen hat an allem
die Regierung schuld. Wie kann man aber auch gegen Leute, die
an einem Abend 32 Polizeibureau stürzen, mit Gewalt vorgehen,
wenn man ihnen zu verhandeln? Fern Bürgerthum mache ich den
Verwurf, daß es nicht kräftig genug gegen diesen Terror weider.
Aber auch meine eigenen Parteigenossen rufe ich zu: Ihr habt
viel zu wenig Courage, um Euch gegen den Terror auf
politischen und wirtschaftlichen Gebiete aufzuheben. (Zuruf links:
Sehen Sie nur noch mehr!) Sie (zu den Unabhängigen)
wollen durch Terrorismus die Welt in Trümmer legen und auf diesen
Trümmern ihr Reich aufbauen. Was nicht ist so viel gelogen
worden, als von dieser Gesellschaft. (Diese Worte ent-
fesselten einen ungeheuren Sturm auf den Rücken der Un-
abhängigen. Alles schreit wild gellend durch den Saal. Der
Präsident schwingt die Glocke. Jedes Wort geht in einem gren-
zenlosen Spektakel unter. Endlich regt die Glocke des Prä-
sidenten. Er bittet um Ruhe und erteilt dem Redner das Wort.
Sofort erhebt sich neuer Spektakel. Ruf: Vagner! Ge-
meinheit! Haue! Schluß! wo, hört man aus dem all-
gemeinen Wirrwarr. — Mäßig erheben sich unter dem tosenden
Beifall der Mehrheit die

Unabhängigen und schiden sich an, den Saal zu verlassen,
fahren aber auf den Beifall der Rechten hin auf ihren Platz zurück.
Nachdem eine Viertelstunde lang (U) der Spektakel andauernd
hat, ist es dem Minister möglich, unter großer Anwesenheit des Hauses
weiter zu sprechen. Sie (nach links) treten stets in schärfster Weise
gegen die Regierung auf. Dasselbe Recht müssen Sie auch uns unge-
ben. Es mußte einem komisch an das dieselbe Partei, die unsere
Frei- und Bekämpfung. (Zuruf bei den Unabhängigen.) Sie ent-
schließen sich darüber, daß in Halle einer ihrer Anhänger ermordet
worden sein soll, ein schändliches Verbrechen, aber wo bleibt Ihre
Entscheidung über den Mord an den Oberleutnant v. Krieger? (Die
folgenden Worte des Redners gehen im Lärm, den die U. S. P.
von neuem veranstalten, unter.) Unser Volk verlangt nach
Frieden, Ruhe und Freiheit. Gegen jede Gewalt muß mit aller Ent-
schiedenheit Front gemacht werden. (Stürmischer Beifall und Hände-
klatschen o. Mehrheit. Räumender Widerspruch links.)
Voos (Zentralrat): Als Demokrat könnte man sich freuen, wenn
man sieht, wie hoch die Sozialisten die Köpfe blutig
schlagen. Nachmal sollte man glauben, man wäre in einem
Tollhaus. Nur die Münchener Note ist mir wie ein
bedingter Schotiam gefordert. Den gebrauchen die Herr-

schaften, um Ihre Macht zu halten gegen den Willen der Mehrheit,
gegen die Demokratie. (Zuruf bei den U. S. P.) Der Rätekongress
soll ein Kraftfeld ausgehen, die das Volk aus den neuen Taten.
(Beifall bei der Mehrheit.)

Wohl (Zentralrat): Der Erlaß vom 19. Januar ist doch wirklich
nicht so schlimm, wie er immer gemacht wird. Es kommt nur darauf
an, wie man ihn auslegt. (Zuruf links.) Die Ursache zur Bildung
der Freiwilligenkorps waren die Soldaten, die sich am 6. Januar nicht
hinter die Regierung stellten, als es galt, sie zu schützen gegen die
terroristischen Angriffe einer Minorität. Ich halte die Zeit für
genommen, das Proletariat zusammenzufassen. (Zuruf
bei den Unabh.) Sie (nach links) sind es, die die Trennung vordrängen.
Vollbringen Sie die Tat, ziehen Sie den Trennungsvordruck
gegen links (Zuruf bei den Unabh.) Und Sie gegen rechts, und
dann werden wir auch einig werden, aber bisher hört man von Ihnen
nichts wie Worte, Worte und nochmals Worte. (Lebh.
Beifall bei der Mehrheit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Be-
richt der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Die
Kommission schlägt vor, von den 273 Mandaten 260 für gültig zu er-
klären, neun Delegierten soll die Gültigkeit ihrer Mandate abgesprochen
und vier Mandate sollen geordnet für gültig erklärt werden.
Der Kongress schiebt sich den Vorschlägen der Mandatsprüfung-
kommission an.

Beamten- und Mittelstandsfragen.

Die gestrige Sitzung der preussischen Landesversammlung.

Am Regierungstisch: Hirsch, Gaenisch, Dejer, Dr.
Am Jahnhoff, Reinhardt u. a.
In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Wahlen zu
den Magistraten im Gebiete der Schleswig-Holsteinischen Städte-
ordnung ohne Erörterung genehmigt.
Zur Tagesordnung stehen 52 Initiativeanträge.
Zur Beratung gelangen zunächst 5 Anträge, die sich mit der
Neuregelung des Beamtenwesens befassen.
Die Anträge werden dem Haushaltsauschuß zur Be-
ratung überwiesen.
Es folgt die gemeinsame Beratung einer großen Reihe von An-
trägen, die sich mit

Mittelstandsfragen

befassen.
Abg. Sammer (Deutschland.) verlangt möglichst baldigen Ab-
bau der Zwangswirtschaft, und vor allem Aufhebung
des Kriegsgesellschafts.
Abg. Geyer (Zentrum) tritt für den Antrag seiner Partei ein, der
sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Wiederherstellung des
durch den Krieg und seine Folgen schwer geschädigten gewerblich-
lichen und kaufmännischen Mittelstandes sowie die Vergabe
öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das no-
leidende Handwerk verlangt.
Abg. Dr. Ehriger (Charlottenburg) (Dem.) empfiehlt den An-
trag seiner Partei. Wir stehen vor einer vollkommenen Neuordnung
der Wirtschaftspolitik. Bei Durchführung des Erfurter Pro-
gramms liegt für die Betätigung des Mittelstandes und des
Handwerks kein Raum.
Abg. Kahl (Soz.) stimmt einer Verbesserung des Fortbildungs-
schulwesens zu.
Nach Ueberweisung sämtlicher Mittelstandsanträge
an einen Ausschuss beräumt der Präsident die nächste Sitzung
auf Freitag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Anfragen
und Anträge.
Abg. Nibel (Dem.) beantragt die Vergabe von Eisenbahn-
trassen betreffenden Anträge an erster Stelle
zu behandeln.
Ueber den Antrag Nibel entspinnt sich eine dreiviertelstündige
Gesellschaftsordnungsaussprache. Der Antrag wird schließ-
lich abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des
Präsidenten.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Sturz der Münchener Räteregierung

die Kommunisten?

Nürnberg, 10. April.
Nach einem beim dritten Armeekorps eingelaufenen
Telegramm aus München formte die kommunisten
die bisherige Regierung der Unabhängigen
geklügelt und die Gewalt an sich gerissen haben.
Das Militär Gewalt an sich der Regierung
hoffmann. Der größte Teil der Münchener Bevölke-
rung warte nur auf einen Anstoß von außen. Die wirt-
schaftliche Lage Münchens habe sich verschlimmert.

Abfrage Preußens an die Münchener Räteregierung.

Berlin, 10. April. (W. Z. B.)
Das preussische Staatsministerium hat folgenden
den Reichstag gefaßt:
Die preussische Regierung sieht wie die Regierungen von Württem-
berg, Baden und Hessen das Ministerium Hoffmann als
die allein rechtmäßige Regierung Bayern an.

Spartacus im sächsischen Kohlenrevier.

Entsendung von Regierungstruppen.
Dresden, 10. April.
Nach Mitteilungen, welche die Regierung aus zuverlässiger
Quelle erhalten hat, sind Sparteisten im sächsischen Kohlen-
revier eifrig dabei, die Bergwerke nicht nur zum Streik aufzu-
fordern, sondern unter Anwendung oder Androhung
von Gewalt die Werke stillzulegen. Die Regierung hat
sich deshalb gezwungen gesehen, zum Schutze der Schächte und der
Arbeiter Truppen in das Kohlenrevier zu entsenden,
um der bedrohlichen Zerstörung der Gruben rechtzeitig vorzu-
beugen. Die Arbeiter selbst haben die Regierung um Schutz
vor dem Terror der Spartacisten gebeten. Die Truppen sind
bereits unterwegs.

Der Danziger Streik politisch.

Gegen Ebert—Scheidemann, für Räteregierung.

Danzig, 10. April.
Der Streik in Danzig ist jetzt zu einem politischen Streik
erklärt worden mit dem Ziel der endgültigen Vereitigung der
Regierung Ebert—Scheidemann, Aufrichtung der Räte-
regierung und Anknüpfung von Beziehungen zu den Sowjet-
regierungen in Rußland und Ungarn. Bis mittag streikten
rund 20 000 Arbeiterverfasser und Gewerkschaft. An einer auf der
Eisenbahnhauptverfasser abgehaltenen Versammlung der Streikenden
wurde ein Telegramm des Eisenbahnministers Dejer
verlesen, der die Forderungen der streikenden Arbeiter
ablehnte. Der Verlesungsbericht von Danzig aus wird
durch die Beamten, die in ihrer Gesamtheit nicht am Streik be-
teiligt sind, unter militärischem Schutz möglichst schnell auf
rechterhalten. Im Vorortverfasser sind Benutzlinge eingerichtet
worden.
Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Truppen, die
den Vorplatz des Danziger Hauptbahnhofes besetzen, und der
diesen Platz umlagernden Menge kam es heute abend

zwischen 6 und 7 Uhr. Die Truppen waren den ganzen Tag
über aus der Menge heraus beschimpft und belästigt worden. Bei
einer Auseinandersetzung kam es schließlich zu Tötlichkeiten. Die
Soldaten mußten den Platz räumen und gaben hier bei
Feuer, wobei drei Personen getötet und mehrere
verletzt wurden.

Die Danziger Bürgererschaft ist über den Streik, der von den
Unabhängigen und den Spartacisten provoziert ist,
äußerst erregt und trägt sich mit der Absicht, in den Gegen-
streik einzutreten.

Die Regierung für das Mitbestimmungsrecht der Angestellten.

Ein Telegramm an die Streikleitung der Angestellten in der
Berliner Metallindustrie.

Berlin, 10. April. (W. Z. B.)
An die Zentralstreikleitung der Angestell-
ten in der Metallindustrie hat der Direktor des
Bureaus des Reichspräsidenten im Auftrage des
Reichsregierung folgende Erklärung gerichtet: Nach den mir
zugegangenen Mitteilungen ist in dem Streik der Ange-
stellten der Berliner Metallindustrie am 9. d. M. von
den angestellten Schlichtungsausschuß einmütig ein
Schiedspruch gefaßt worden. Nach Kenntnis dieses
Schiedspruchs in weiten Kreisen der beteiligten Angestellten
lehnten sie ab und weigerten sich, die nach Ansicht der
Angestellten völlig unzureichenden Regelung ihres Mit-
bestimmungsrechts bei Ründigungen, Entlassungen und Ein-
stellungen.

Die Möglichkeit, daß durch Nichtannahme des Schieds-
spruchs eine Fortsetzung und weitere Verschä-
rfung des Streiks sowie ein Uebergreifen auf
andere Angestelltenkategorien herbeigeführt
würde, würde für unser ganzes Wirtschaftsleben von den
schwerwiegendsten Folgen sein. Es besteht die Gefahr, daß
die ganzen Betriebe dadurch zur Arbeitslosigkeit verur-
teilt, die Produktion gänzlich unterbrochen und damit die
eben aufgenommenen Beziehungen zum Aus-
lande zur Beschaffung von Rohmaterialien
und vor allen Dingen von Lebensmitteln von vora-
her ein ausfalllos werden.

Um alles zu tun, was zu einer schnellsten Lösung dieses
Konfliktes führen kann, hat die Reichsregierung mich beauf-
tragt, den Streikenden folgende Erklärung über ihre
Stellung zu der streitigen Frage abzugeben:

Die Stellung der Regierung zu der Forderung der An-
gestellten nach Mitwirkung bei der Einstellung und Ent-
lassung von Angestellten wird schon beantwortet durch den
vor einigen Tagen veröffentlichten § 34 der Verfassung.
Dieser Paragraph, der die Verantwortung der Räte
in der Verfassung zum Zweck hat, erkennt den Arbeitern
und Angestellten die gleiche berechnete Mitwirkung
bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses
zu. Darunter muß in erster Linie verstanden werden die
Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und
Gehaltsverhältnisse, bei der Entlassung und
Einstellung. Das im Reichsarbeitsministerium in
Vorbereitung befindliche Arbeitsrecht wird diese in
den Verfassungsparagraphen enthaltenen Gedanken aus-
führlich festlegen.

Es wird bestimmt, daß Ründigungen und Ent-
lassungen nur nach vorheriger Zustimmung
des Angestelltenausschusses oder bei Nicht-
einigung des Schlichtungsausschusses vorgenommen werden
dürfen. Bei Neueinstellung von Personal soll dem
Ausschuß das Recht des Einspruchs zustehen, aber
das, im Falle eine Verhandlung nicht zustande kommt, der
Schlichtungsausschuß entscheidet.

Danach wird in kürzester Zeit das Mitbestimmungsrecht
der Angestellten im Arbeitsverhältnis so geregelt werden,
wie es den berechtigten Forderungen der Angestellten und
den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Die Regierung
ist entschlossen, sich für die Durchsetzung dieser
Grundsätze mit allen Mitteln einzusetzen.
Wünsche, den berechtigten Wünschen der Angestellten Rech-
nung zu tragen, an die freirechtlichen Angestellten den drin-
genden Appell, sich nunmehr ihrer Verantwortung gegen-
über der Gesamtheit bewußt zu sein, die Arbeit unge-
stört wieder aufzunehmen und damit die drin-
genden Gefahren von unserem Wirtschaftsleben abzu-
wenden.

Deutschlands finanzielle Erdroffnung

Einstweilige Forderung von 150 Milliarden Schadenersatz.

Paris, 10. April.
Nach dem diplomatischen Situationsbericht der Biererrat
gestern die von dem Redaktionsausschuß vorbereitete Formel für
das Statut des Saarbundes geprüft und in ihrer Ge-
samtheit angenommen. Diese Formel gibt Frankreich politische
und administrative Garantien, die keine Minderleistung zu-
lassen. Morgen wird der Biererrat die Prüfung der Frage der Wieder-
gutmachung wieder aufnehmen und den Bericht besprechen, der durch
die Finanzfachverständigen auf folgender Basis
festgesetzt wurde: 1. Sofortige Zahlung von 25 Mil-
liarden Entschädigung durch Deutschland, zahlbar in
Gold, in Rohmaterialien und in Guthaben im Ausland. 2. Zeichnung
eines Guthabens durch Deutschland, der die einstweilige Vor-
derung der Allierten auf 150 Milliarden anerkennt. 3. Zah-
lung von Jahresraten ab 1919, die jedes Jahr festzusetzen sind,
die aber nicht niedriger sein dürfen als ein im Vertrage vorgesehener
Mindestbetrag.

In den Kammerproben spielte man gestern Hermann Bahrs
Wiener Komödie „Der Star“, die etwa zwanzig Jahre alt ist,
in der Inszenierung eines Reulings — eines Herrn v. Busse —
die doppelte Jahreszahl verlangt werden. An erster Nachtstunde
sollten noch ein paar Worte gemutet werden. An erster Nachtstunde
wurde noch die kurze Feststellung, daß neben der Paraderolle der
Reopoldine Konstantin zwei prachtvolle Gestalten sichtbar wur-
den: die von tragikomischer Kulissenlust umworbene Gesellschaftin
der Hofa Vertens, dann Hermann Thimig's jugendlich
übernatürlicher Liebhaber.

Verantwortliche Redakteure: Dr. Carl Wolff, Dr. Carl Berg, Char-
lottenburg, für inneren Teil: Karl Keller, Berlin; für Kommuni-
kalen: Berlin, für äußeren Teil: Dr. Heinrich Rosen-
heimer, Berlin; für die Illustrationen und die Anzeigen: Dr. Carl
Georg Stern, Berlin; für die Anzeigen: Dr. Carl Stern,
Berlin; für die Anzeigen: Dr. Carl Stern, Berlin.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.
Herausgeber: Dr. Carl Stern, Berlin.

